

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Nachmittag zur Post. Bezugspreis je Monat 0.90 RM. frei
in Post. einschließlich der Beilagen „Wien Garten“, „Die Frau und ihre Welt“
und „Der kleine Kaffee“. Durch die Frau und ihre Welt-
Beilage tragen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein
Schaden ersatz geleistet.



Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer.

Hauptschriftleiter und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg.
Die Druckkosten der Zeitung.
Die Druckkosten der Zeitung betragen für 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig
Grundpreis nach Preisliste. Der Druckpreis für Anzeigen
im Textteil beträgt bei 10 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für Anzei-
gen mit Bildern und Zeichnungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Preis-
liste Nr. 3. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags.
Z. N. 2 35 500

Nr. 32

Dienstag, den 10. Lenzing 1936

29. Jahrgang.

Wiederaufbau des Friedens

England „prüft sachlich und mit klarer Einsicht“

Wiederaufbau des Friedens

England „prüft sachlich und mit klarer Einsicht“

Der englische Ministerrat beschäftigte sich am Montag, 9. März, mit dem deutschen Memorandum. Am Montag gab dann der englische Außenminister Eden die von der ganzen Welt mit großer Spannung erwartete Stellungnahme der englischen Regierung im Unterhaus bekannt.

Unter der ungeteilten Aufmerksamkeit des Parlaments führte Eden u. a. aus, er habe dem deutschen Völkervertrag mitgeteilt, daß die deutsche Handlung im Rheinland die einseitige Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages bedeute. Die Wirkung auf die britische Öffentlichkeit müsse bedauerlich sein. Das Aufgeben des Locarno-Vertrages und die Beibehaltung der entmilitarisierten Zone hätten das Vertrauen in jede Vereinbarung, die die deutsche Regierung in Zukunft schließen würde, tief erschüttert. Niemand im Unterhaus könne diesen Schritt billigen oder entschuldigen. Er füge dem Grundlag der Heiligkeit der Verträge einen schweren Schlag zu.

Er, Eden, sei jedoch dankbar dafür, sagen zu können, es gebe keinen Grund für die Annahme, daß die gegenwärtige deutsche Handlung die Drohung von Feindseligkeiten in sich schließe. Die deutsche Regierung spreche in ihrem Memorandum ausdrücklich von ihrem Wunsch nach wahrem Frieden und drücke den Wunsch nach Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Frankreich und Belgien aus.

Im Mißverständnis über die Stellung Englands als Unterzeichner des Locarno-Vertrages auszusprechen, halte er es für notwendig zu erklären, daß, falls sich während der Zeit, die für die Erörterung der neuen Lage notwendig sein werde, ein tatsächlicher Angriff auf Frankreich oder Belgien ereignen sollte, der eine Verletzung des Artikels 2 des Locarno-Vertrages wäre, die britische Regierung trotz der Aufkündigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland sich durch ihre Ehre für gebunden halten würde, wie in dem Vertrag vorgelegen, dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Eine der wichtigsten Grundlagen des Friedens in Westeuropa sei befestigt worden.

Wenn der Frieden gesichert werden solle, bestände die Pflicht, ihn wieder aufzubauen. In diesem Geist müsse man an die deutschen Vorschläge herangehen. Die britische Regierung werde sie mit klarer Einsicht und sachlich prüfen, um festzustellen, in welchem Ausmaß sie das Mittel darstellen, die Struktur des Friedens wieder zu stärken. Angesichts der schweren internationalen Lage dürfe keine Gelegenheit verpaßt werden, um die Struktur des Friedens zu verbessern.

Nach Beendigung der Erklärung Edens bejahte der Ministerpräsident die Frage des Oppositionsführers Maitland ob das Unterhaus Gelegenheit für eine Aussprache über den wichtigsten deutschen Schritt erhalten werde.

Der Unterhauserklärung Edens ist mit Befriedigung zu entnehmen, daß England zu einer sachlichen Prüfung der deutschen Vorschläge bereit ist und klar zum Ausdruck gebracht hat, daß die Maßnahmen Deutschlands keine Drohung von Feindseligkeiten in sich schließen! Bedauerlich ist lediglich, daß die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Frankreich und Belgien überhaupt in die Diskussion gezogen werden konnte. Deutschland will den Frieden und ist deshalb nicht müde geworden, Vorschläge zu unterbreiten, deren rechtzeitige Annahme allen Völkern Europas ein freies Arbeiten ermöglicht haben würde. Wir hoffen daher, daß wenigstens das neue Angebot des Führers nicht ungehört verhallt, und begrüßen deshalb jede Bereitschaft zu einer objektiven Prüfung des deutschen Memorandums.

Keine Bedingung unzulässig

Die Londoner Presse ist überwiegend der Ansicht, daß die Verlegung eines Vertrages durch die Herstellung vollkommener Tatsachen vom englischen Standpunkt aus sehr ernsthaft betrachtet werden müsse, und daß Englands eigene Stellung dadurch sehr erleichtert worden sei. Auf der anderen Seite aber lacht der überwiegende Teil der Presse, Deutschlands Standpunkt gerecht zu werden.

Die „Times“ nennen die Wiederbelegung der Rheinlande die „Herausforderung eines freiwilligen Abkommens“, das die Grenzen Frankreichs und Belgiens elf Jahre lang unverletzlich gehalten habe. Immerhin müsse aber ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Einzug deutscher Truppen in ein unbestreitbar unter deutscher Oberhoheit stehendes Gebiet und einem Akt, der Feuer und Schwert in das Gebiet eines Nachbarn trage. Das Blatt warnt deshalb vor einer Panikstimmung und überstürzten Schlussfolgerungen.

Hitlers Angebot enthalte keine Bedingung, die als unzulässig abgelehnt werden könne. Eine doppelte entmilitarisierte Zone im Westen sei vielleicht nicht mehr durchführbar. Aber die Forderung nach Gleichberechtigung sei darum an sich nicht weniger vernünftig, noch sei es die Forderung nach voller Autonomie im Niemandsland, noch sei es die Bedingung, daß man der deutschen Nation auf unbestimmte Zeit ihre volle Oberhoheit über eine ihrer ersten Provinzen betreiben könne.

Die bolschewikischen Unruheherde

Die „Daily Mail“ wendet sich energisch gegen das Gerücht von Sanktionen. Deutschlands neuester Schlag habe in der Tat die Luft gereinigt, wie eine frische Brise von den Bergen habe er den Nebel hinweggeblasen. Es sei völlig unmöglich, daß man der deutschen Nation auf unbestimmte Zeit ihre volle Oberhoheit über eine ihrer ersten Provinzen betreiben könne.

Die Sicherheit Frankreichs wie die von erstklassigen britischen Interessen seien nicht ernstlich bedroht. In diesem Augenblick sei es besser, auf die bolschewikischen Unruheherde zu achten. Der Zeit verwehre, wie französische Arbeiter bei der Aussprache über den unglücklichen Sowjetpakt bereits erklärt hätten, darin, die großen Mächte Europas in einen selbstmörderischen Krieg zu verwickeln.

Englands Politik müsse darin bestehen, Ruhe zu bewahren und auch die Aufrüstung mit einem Mindestmaß an Reden fortzusetzen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ erklärt, die englische Arbeiterpartei werde sich wahrscheinlich auf den Standpunkt stellen, daß jetzt eine neue Umsicht auf eine wirksame und gerechte Regelung der Fragen vorhanden sei, die durch die Fehler des Verfallenen Vertrages geschaffen worden seien. Sicherlich werde die Arbeiterpartei fordern, daß eine solche Gelegenheit nicht außer acht gelassen werden solle, und daß die britische Politik in London entschieden und nicht von Paris diktiert werden müsse.

Französisches Unverständnis

Sarrauts entschiedene Abgabe

Der französische Ministerpräsident Sarraut hielt im französischen Rundfunk eine Rede, in der er sich mit den Erklärungen des Führers vor dem Reichstag beschäftigte. Ein völliger Verneinung der deutschen Auffassung brachte der Ministerpräsident den Standpunkt der französischen Regierung in seiner ganzen Stärke zum Ausdruck.

In seiner Rede erklärte Sarraut, Frankreich habe stets eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland zu erreichen versucht, und diesen Bemühungen sei der Rheinpakt von Locarno entsprungen. Auch in der vorliegenden Räumung des besetzten Gebietes erblickt Sarraut einen Beweis des französischen Wunsches, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Während nach seiner Auffassung von französischer Seite alles getan worden sei, um zu einer Besserung der Atmosphäre zu gelangen, glaubt der französische Ministerpräsident, Deutschland eines ständigen illoyalen Verhaltens beschuldigen zu können, das in sonderbarem Widerspruch zu den mehrfachen Friedensbestrebungen der Reichsregierung stehe. Als Beispiele führt er die Einstellung der Reparationszahlungen, das Verlassen der Abrüstungskonferenz, das Ausweichen aus dem Völkerbund und die Wiedereröffnung der allgemeinen Wehrpflicht an. Gestillt wird verschwiegen er jedoch seinen Hörern, daß diese Maßnahmen von Deutschland erst ergriffen wurden, als sich die Gegenseite klar und deutlich über feierlich eingegangene Verpflichtungen hinweggesetzt hatte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Sarraut der Bedeutung der entmilitarisierten Zone zu, die die Unverletzlichkeit der französischen Grenze gegen einen „plötzlichen Angriff“ (1) gewährleisten sollte. Im Anschluß an das Führerinterview im „Paris Midi“ stellte Sarraut die Behauptung auf, daß die deutschen Einmündungen gegen den französisch-sowjetischen Beistandspakt in Bezug auf seine Unverletzlichkeit mit dem Locarno-Vertrag völlig unzutreffend seien.

Sarraut gab dann zu, daß Deutschland in dem dem französischen Völkervertrag übergebenen Memorandum neue Vorschläge gemacht habe. Diese Vorschläge werde jedoch die französische Regierung nicht prüfen, denn Frankreich könne diesen Vorschlägen kein Vertrauen entgegenbringen, nachdem nunmehr zum zweitenmal innerhalb eines Jahres übernommene Verpflichtungen von Deutschland abgelehnt worden seien. Die Prüfung dieser Vorschläge könne aber auch nicht erfolgen, da Deutschland durch die Entsendung „bedeutender Streitkräfte“ in die entmilitarisierte Zone Frankreich vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Auch hier erwähnt Sarraut mit keinem Wort, daß in Wirklichkeit der französisch-sowjetische Vertrag, an den sich Frankreich bereits rechtlich gebunden fühlt, eine neue Tatsache ge-

schaffen hat, und daß die Beschlüsse der Reichsregierung eine natürliche Reaktion auf diese Durchbrechung des Locarno-Vertrages sind.

Die französische Regierung sei, so erklärte der Ministerpräsident, entschlossen, dieser Drohung nicht nachzugeben. Die französische Regierung sei weiter gewillt, die Sicherheitsgarantien des Locarno-Vertrages aufrechtzuerhalten. Frankreich wolle nicht, daß Straßburg im Bereich der deutschen Kanonen liege (1). Auch aus diesen Worten spricht wieder die vollkommene Einseitigkeit des französischen Standpunktes, der wohl für Frankreich jede zusätzliche Sicherung vor dem Schreckgespenst einer „deutschen Gefahr“ in Anspruch nehmen will, ohne jedoch dem deutschen Nachbarn das gleiche Recht zuzubilligen zu wollen.

Ministerpräsident Sarraut weist dann darauf hin, daß der Locarno-Vertrag im Falle einer Verletzung seiner Bestimmungen die Aufrüstung des Völkerbundesrates vorsehe. Es sei aber auch unumgänglich notwendig, daß ein unverzüglicher Meinungsaustausch zwischen den Signatarmächten dieses Vertrages stattfinde.

Mit der Leidenschaft der Verneinung hat der französische Ministerpräsident in seiner Rundfunkansprache erklärt, Frankreich werde die deutschen Vorschläge nicht prüfen. Er begründet dies mit der einseitigen Aufkündigung feierlich übernommener Verpflichtung für Deutschland und mit der Tatsache des Einmarsches von Truppen in das deutsche Rheinland, ohne dies vorher angekündigt zu haben. Wenn Herr Sarraut damit ein deutsches fait accompli brutalster Art feststellen zu können glaubt, so vergißt er, daß am 7. März nur der Schlußpunkt unter eine Entwicklung gesetzt worden ist, die eine lange Reihe französischer faits accomplis darstellt.

In Missachtung dieser seiner eigenen Verpflichtungen, die Frankreich jede Anreizhandlung und somit auch jede Erhöhung einer Konfliktmöglichkeit unterlagte, hat Frankreich die Möglichkeiten eines Zusammenstoßes mit Deutschland erweitert, wobei es sich selber das Urteil darüber anmaßt, ob diese Politik mit Locarno vereinbar und wer der ultimative Angreifer sei. Der Vorwurf, daß Deutschland für sich eine einseitige Richterrolle in Anspruch genommen habe, fällt demnach auf Frankreich zurück, das diesen Anspruch sogar vertragsmäßig im Rutenpakt festgelegt hat.

Nun klagt Sarraut darüber, daß durch den Befehl der entmilitarisierten Zone, deren Unverletzlichkeit durch das französische Vorgehen ins Unverständliche gesteigert worden war, Frankreich nicht mehr geschützt sei, und er trägt in diesem Zusammenhang den Satz: „Wir wollen nicht, daß Straßburg im Bereich deutscher Kanonen liegt!“

Herr Sarraut hält es offenbar für richtig und für eine große Nation erträglich, wenn Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Saarbrücken, Trier und viele andere deutsche Städte innerhalb der Reichweite französischer Kanonen liegen, die überdies den Vorteil haben, bereits unter Beachtung aller militärischen Vorteile in ein unüberwindbares Befestigungssystem eingebaut zu sein, dem ein bekannter russischer General vor nicht langer Zeit das Zeugnis ausstellte, daß es sich als ausgezeichnete und für offensive Möglichkeiten eigne.

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß Herr Sarraut sich der Leidenschaft der Verneinung bezuglos überließ, daß er die konstruktiven Vorschläge Deutschlands beiseite schiebt. Er befindet sich in dieser Beziehung wohl nicht im Einklang mit vielen gewichtigen Stimmen des übrigen Auslandes, die den entscheidenden Wert der konstruktiven deutschen Vorschläge erkannt haben. Er verfährt sich damit den konkreten Möglichkeiten zu einer reiflichen deutsch-französischen Verständigung, nach der die Reichweite von Gefechts- und Flugzeugen innerhalb der deutsch-französischen Beziehungen überhaupt keine Rolle mehr spielen kann. Wenn der französische Ministerpräsident sich sogar zu der Annahme verleiht, der Zeitpunkt der deutschen Verantbarung sei mit Hinblick auf die französischen Waffen gewählt, so ist festzustellen, daß Deutschland niemals in der Entwurfung des französischen Volkes seinen Vorteil, sondern stets in dem einigen und unteilbaren Frankreich eine europäische Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit gesehen hat. Am Gegenteil ist es nur mit dem kommenden Abfallkampf zu entschuldigen, wenn Herr Sarraut in der Sicherung deutschen Gebietes durch deutsche Soldaten eine „Räpation und Knechtschaft“ des französischen Volkes sehen will. Wohin kämen die europäischen Völker, wenn dieser Grundlag allgemein gültig würde! Dieser Geist war es, gegen den der Führer und Reichstagsminister mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seiner Persönlichkeit die Forderung nach deutsch-französischer Verständigung ins Feld führte.

„Angelschicht und Fehl am Blase“

Artikel im eigenen Lager.

Der marxistische Pariser „Populaire“ und der scharf rechtsgerichtete „Jour“ sind sich einmal ausnahmsweise dar-

Das Echo des historischen 7. März

Verlegenheit in Frankreich

Eine einsichtige Stimme meldet sich im „Populaire“. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Paul Faure, erklärt hier, daß es sinnlos wäre zu glauben, daß ein großes Land von über 60 Millionen Einwohnern 17 Jahre nach der Einstellung der Feindseligkeiten die Entmilitarisierung eines Teiles seines Gebietes unter der Kontrolle der Sieger ertragen werde. Statt den Frieden zu wollen und den Standpunkt der anderen zu verstehen, habe man sich „eben so leicht wie du mich“, auf den starken Buchstaben der Verträge berufen. Jetzt müsse wieder von neuem an-
gefangen werden.

Es könne keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und gesunde Menschenverstand geben. Bestehend und zeitgemäß, wie die deutschen Vorschläge seien, müßten sie mit nüchternem Tatsachensinn und mit echtem, tiefem, guten Willen geprüft werden. „Sunday Dispatch“ weist darauf hin, daß Deutschland die verwoorrne Spitzfindigkeit der Diplomaten auf eine klare und einfache Frage gebracht habe.

Unter begeisterter Zustimmung sprach er die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk durch sein einmütiges Bekenntnis gerade jetzt hinter ihn stehe; denn es habe nichts mehr Gewicht im Kampf der politischen Kräfte als die einmütige Willensäußerung eines 60-Millionen-Volkes.

Die Bombardements in der Gegend von Korum halten unvermindert an. Am Sonntag wurde die englische Lazarettstation bei Korum zum drittenmal mit Bomben bewor-

Die Sperrzeit für Tauben während der
Übungsbestellung auf den 1. bis 20. April
Melsungen, den 6. März 1936.